

**4240/AB XX.GP**

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4547/J - NR/98 betreffend Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES), die die Abgeordneten Andreas Wabl und Freundinnen und Freunde am 17. Juni 1998 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

1. Mit welchen Summen hat das Unterrichtsministerium das "Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik" in den Jahren 1997, 1998 und 1999 subventioniert?

Antwort:

Es wurden 1997 und 1998 keine Subventionen vergeben; für 1999 ist keine Subvention geplant.

2. Hat das "Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik" in Ihrem Ressort für Einzelprojekte, die im Jahr 1998 oder 1999 stattfinden sollen, um finanzielle Unterstützung und in welcher Höhe angesucht?

Antwort

Das ÖIES hat um Unterstützung für das Jahr 1998 angesucht. Es wurde zur Finanzierung einer Seminarreihe die in Zusammenarbeit mit den Europahäusern durchgeführt werden soll, zur Organisation eines Medienworkshops für Redakteure von Schülerzeitungen sowie für die benötigten Begleitunterlagen ein Betrag von 5 225.000,-- zugesagt.

3. Ist Ihnen der Inhalt und die Referentenliste der Veranstaltung des ÖIES bei Vergabe der Subvention bekannt gewesen?

Antwort

Die Themen und die vorgesehenen Referenten waren mir bekannt, die von den Referenten geplanten Darstellungen nicht.

4. In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des Neutralitätsgesetzes (598 d. Beil. VII GP) heißt es ausdrücklich: "Der Gesetzesbefehl der Vorlage richtet sich auch an die vollziehende Gewalt und insbesondere an die Bundesregierung". Durch welche Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass auch Ihre Subventionspolitik diesem Gesetzesbefehl weiterhin folgen wird?

Antwort

In den Schulen erfolgt die Information über Fragen der Neutralität im Rahmen der politischen Bildung. Um einer umfassenden und ausgewogenen Darstellung dieser Frage gerecht zu werden, werden die Lehrer und Schüler mit entsprechenden Materialien oder in entsprechenden Veranstaltungen zu diesem Thema informiert, wobei darauf zu achten ist, dass alle wesentlichen im Parlament vertretenen Meinungen vorgestellt werden.